

Der Gewerkeverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanhalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf. Vereinsanzeigen 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Centralrathe der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunder).

Bei Abonnement von mindestens 2 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsleiter Rudolf
Hirsch, N.O., Greifswalderstr. 221/22, ein-
zulegen sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerkevereine 35 Pf. pro Exempl.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 51.

Berlin, 22. Dezember 1906.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Verbandsgenossen und =Genossinnen!

Werdet an den Weihnachtsfeiertagen für das „Korrespondenzblatt“. Noch sind die meisten Ortsvereine mit der Einsendung ihrer Abonnements zurück. Es ist höchste Zeit, die Bestellungen zu machen. Kein Ortsverein im Verbandsverband der Deutschen Gewerkevereine darf fehlen!

Inhalts-Verzeichnis.

Weihnachten! — Die Gewerbeaufsicht in den kleinen Bundesstaaten. — Das Glaslo der gewerkschaftlichen Streitkraft. — Wochenchau. — Beurlauben. — Gewerkevereins-Theil. — Verbands-Theil. — Anzeigen-Theil.

A Weihnachten.

In den vorhergegangenen sechsunddreißig Jahrgängen des „Gewerkeverein“ hat jedesmal unser Verbandsanwalt, den nun der fühle Kafen deckt, seinen Weihnachtsgruß an alle Verbandsgenossen senden können. Frohe Begeisterung und warme Liebe für die Gewerkevereinsangelegenheiten durchströmte die mit poetischem Glanz geschmückten Artikel zu dem jedesmaligen Feste. Da erfüllt diese Begeisterung unser Herz, wo wir es zum ersten Mal übernehmen, den Weihnachtsgruß zu schreiben. Als wir uns einmal zu seinen Lebzeiten mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit bereit erklärten, ihm diese Arbeit abzunehmen, da leuchteten seine Augen in hellem Feuer ein. Den Weihnachtsgruß wollte er unter allen Umständen selbst schreiben. Es war das Feld, auf welchem er sein an Menschenfreundlichkeit so reiches Gemüth immer wieder zur Geltung bringen wollte. Da drang sein Blick tief in die Seele der Kinder, denen vor Allem das Fest der Freude gilt. In meisterhaftem Stil schilderte er das Sehnen des Kindes nach den Gaben des Festes. Für ihn gab es dann keinen größeren Lebensgenuss, als zu beobachten, wie sich die Kleinen vor den Spielwaaren auslagerten und am Feste selbst an den Christgeschenken und dem Lichterglänzenden Weihnachtsbaume erfreuen konnten. Und von den Kindern schweiften sein Auge hinüber zu den erwachsenen Personen, um sich auch hier an dem Anblick tiefer, ernster und inniger Freude zu weiden.

Und gleich fand er den treffenden Ausdruck für das Wesen des aus dem Familienleben emporquellenden Glückes. Das echte Glück, so sagte er uns dann, stammt von den geistigen Gütern, es ruht in uns selbst und unserm Verhalten zu den Mitmenschen. Ja, unter dem Tannenbaum, dem immer grünen Sinnbilde der Zusammengehörigkeit, so fuhr er dann fort, schließen die Familienmitglieder nach ihren verschiedenen Abstufungen und Altern sich wieder eng zusammen, werden sie sich ihrer äußeren und inneren Einheit wieder bewusst und fühlen, aufjubelnd vor innerer Wärme, die Befensgleichheit des Blutes und der Gesinnung. Sein verständlicher Sinn erinnerte dann die Menschen daran, daß ihnen bei solcher Festesfreude die Pflicht nahe trete, entstandene, vielleicht schon verhärtete Widersprüche und Gegensätze auszugleichen, Verleugnung und Unrecht wieder gut zu machen, von jetzt an zu leben wie in einem Hause der Brüder.

Diese Mahnung bleibt immer wahr. Wir Menschen sind mit Schwächen und Fehlern behaftet; da macht Niemand eine Ausnahme. Umso mehr muß es unser Mühen sein, gethanes Unrecht wieder gut zu machen und in strenger Selbstzucht nach innerer Vollkommenheit zu streben.

Und wie wußte der Anwalt den inneren Zusammenhang zu schildern, der gegeben ist durch die Gemeinsamkeit der Gesinnungen, der Bestrebungen und Interessen. Die im Verbandsverbande geeinigten selbstständigen Gewerkevereine sind ein lebendiges Bild dieses großen Gedankens geistiger Einheit.

Ueber diesen Bund der Brüder und Schwestern hinaus sah unser Führers weitblickendes Auge auf die große Familie der gesamten Menschheit. Er nahm das Wort Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen sehr ernst und arbeitete daran mit rastlosem Eifer, es wahr zu machen. Ihm wurde ein glücklicher Lohn! Denn er durfte es erleben, daß sein dauerndes Wirken für Schiedsgerichte und Einigungsämter zum Ausgleich von leichten und schweren Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern schließlich vielfache praktische Anerkennung fand, selbst bei solchen Unternehmern, die lange Zeit ihr „Recht des Herrn im Hause“ nicht um Haarsbreite einschränken lassen wollten, wie auch bei dem Theil der Arbeiter, der bis dahin auf dem Boden des unverdöhllichen Klassentampfes stand. So macht-voll war die von Max Hirsch in Deutschland zuerst vertretene Idee, daß ihre ärgsten Widersacher sich ihr unterwerfen mußten. Wenn Einsicht und Vernunft so fort-schreiten, dann wird die Zeit kommen, wo die Feinde sich in Freunde wandeln und dem Bahnbrecher der großen Friedensidee, unserem unvergeßlichen Max Hirsch, ein Denkmal setzen, damit die kommenden Generationen das Leben eines Mannes preisen, das so köstlich gewesen, weil es ein Leben der Arbeit war für das Gesamtwohl.

Und nicht nur dem Frieden im eigenen Volke galt sein Wirken, auch dem Frieden der Völker untereinander redete er das Wort. In fast allen Hauptstädten Europas ließ er sein Friede auf Erden erschallen, wenn die Volksvertreter aus den Parlamenten der ganzen Welt zu den interparlamentarischen Konferenzen zusammenkamen. Als wir Ende August an der diesjährigen zu Brüssel stattgefundenen interparlamentarischen Konferenz theilnahmen und Max Hirsch zum ersten Male fehlte, sein Tod aber noch nicht allgemein bekannt geworden war, da wollte das Fragen in allen Zungen nach unserem treuen Freunde sein Ende nehmen.

Gegenwärtig ist die Friedensmahnung wieder ganz besonders am Platze. Das zeigte jüngst die Haltung des franzö-

fischen Parlaments als Antwort auf die Reichstagsrede unseres Kanzlers. Hüben wie drüben wird betheuert, daß man den Frieden wünsche. Diese Friedensbetheuerungen erfolgen aber mit der Hand am Schwertknäuel. Die eine Nation sagt der anderen, und umgekehrt, wir wollen den Frieden, aber seht Euch vor, unsere Waffen sind kampfbereit. Das Klaffen mit den Säbeln macht die Völker nervös. Es kommt über sie das Gefühl der Unruhe und der Besorgniß, daß es mit den Friedenswünschen nicht ehrlich gemeint sein könnte.

Wöchte es anders sein! Welche Greuel der Krieg im Gefolge hat, das hat der russisch-japanische Krieg von Neuem bewiesen. Und die Revolution in Rußland würde weniger grauenvoll sein, wenn sie nicht im engen Zusammenhange stände mit dem russischen Unglück im Kriege. Die russische Revolution war eine geschichtliche Nothwendigkeit geworden, sie hätte aber ihr Ende erreichen müssen mit der erfolgten Gewährung einer Verfassung. Der Fortgang der Revolution wird nun wohl zur Militärdiktatur führen, was gleichbedeutend sein wird mit einer tsaristischen Schreckensherrschaft. Armes Rußland, wann wird dir die Weihnacht des Friedens erstehen?!

In unserm Vaterlande müssen alle Freunde desselben dauernd bemüht bleiben, die Volksmassen geistig und wirtschaftlich emporzuheben. Damit wird am wirksamsten den Bestrebungen derjenigen Elemente entgegengegearbeitet, die auch unser Volk zur Revolution treiben möchten.

Wir Gewerbetreibenden leisten einen wichtigen Theil jener so nothwendigen Kulturarbeit. Unser Mühen wird noch reichere Früchte tragen, wenn es uns noch mehr als bisher gelingt, die Jugend für die Gewerksvereine zu gewinnen. Das wird im Besonderen das Ziel unserer neuen Arbeit sein müssen. Jugendfrohe Herzen müssen für die Ideale unserer Organisation begeistert werden. Unter dem Weihnachtsbaum der Gewerksvereine wollen wir die neue Generation sammeln, die unsere herrlichen Ideen weiter durchzuführen soll. Je früher wir den Nachwuchs heranbilden und zur Mitarbeit heranziehen, um so erfolgreicher wird dieser das Werk fortsetzen und der Vollenbung entgegenführen können.

In diesem Sinne und im Namen der gesammten Organisation und Desjenigen, der früher an dieser Stelle den Festartikel schrieb, steht aber nur noch im Geiste unter uns weilt, allen Verbandsgenossen und ihren Familien ein frohliches Weihnachtsfest!

*** Die Gewerbeaufsicht in den kleinen Bundesstaaten.**

Nachdem die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für die größeren Bundesstaaten eingehend erörtert worden sind, wollen wir auch diejenigen der kleineren zusammenfassend hier kurz besprechen. Es kommen in Betracht die Berichte aus den Staaten Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Weimingen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Roburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, die beiden Kreis-, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold und die drei Hansestädte Bremen, Lübeck und Hamburg.

In diesen 19 Bundesstaaten betrug die Zahl aller beschäftigten Arbeiter 344 300 gegen 325 575 im Vorjahre. An der Zunahme sind alle Staaten beteiligt; nur in Waldeck und Schaumburg-Lippe ist die Zahl um ein Geringes, in Lübeck sogar beträchtlich zurückgegangen. Im letzteren Falle ist dies darauf zurückzuführen, daß eine große Zahl von Arbeitern, die im vorigen Jahre mitgezählt worden ist, diesmal nicht in die Zählung einbegriffen wurde.

Kinder wurden sehr wenig beschäftigt. In Hamburg beispielsweise sind gar keine gezählt worden; die Höchstzahl der beschäftigten Kinder entfällt auf Anhalt und betrug 20. Trotzdem ist die Zahl der erwerbstätigen Kinder im Ganzen von 114 auf 142 gestiegen.

Während gegen die Kinderschutzbestimmungen der Gewerbeordnung Vergehen nur selten zu rügen waren, verursachte das Kinderschutzgesetz mehrfach Beanstandungen. Die Durchführung desselben ist sehr schwierig, namentlich hinsichtlich der eigenen Kinder, und ohne die Hilfe der Lehrerschaft wird es unmöglich sein, wie dies auch in den Berichten für die großen Bundesstaaten vielfach hervorgerahen worden ist, ein genaues Bild über den Umfang und die Art der Kinderbeschäftigung zu gewinnen.

Einen Beweis dafür, wie die kindliche Arbeitskraft ausgenutzt wird, liefert der Bericht aus dem Fürstenthum Lippe, in dem es heißt: „Eine Beschäftigung von Kindern findet in der Hausindustrie vornehmlich bei der Herstellung von Cigarren und bei dem Flechten von Strohstücken statt. Kleinere Cigarrenbetriebe geben den Kindern 2—3 kg Tabakblätter nach Hause, welche abgerippt wieder zur Fabrik gebracht werden müssen.“ Die Arbeitszeit ist meistens eine sehr ausgedehnte, die Bezahlung eine sehr geringe. Erhält doch ein Kind für das Flechten eines Strohstückes 10 bis 15 Pfg. Arbeitslohn. Mit Strafen läßt sich gegen die Verhöße des Kinderschutzgesetzes nach übereinstimmender Meinung der

Lebhaft interessirten Lehrerschaft nichts ausrichten; dagegen sind auf gütlichem Wege, wie dies auch von den Gewerbeaufsichtsbeamten befruchtigt wird, vielfach Erfolge erzielt worden.

Ueber die Ursache der Kinderbeschäftigung giebt uns der Aufsichtsbeamte für Hamburg Auskunft. Nach ihm ist sie in den meisten Fällen in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Eltern zu finden, die sie dazu zwingt, das Kind zum Erwerb, bezw. zur Unterhaltung der Familie mit heranzuziehen; und die Bestimmungen des Gesetzes konnten oft nicht ohne Bedauern und tiefes Mitgefühl zur Durchführung gebracht werden, weil die Lage der Eltern so ungünstig war, daß selbst der geringe Verdienst des Kindes nicht entbehrt werden konnte.“

Eine Wirkung des Kinderschutzgesetzes äußert sich in einer bedeutenden Vermehrung der Lehrlinge in den kleineren Betrieben, wobei es allerdings als fraglich hingestellt wird, ob eine gründliche Ausbildung der mehr als Aussträger beschäftigten Jungen erwartet werden darf. Besonders fühlbar macht sich das Gesetz in den Ziegeleien. Die Kleinbetriebe dieser Branche leiden unter dem Fortfall der Kinderarbeit außerordentlich, so daß der Aufstauungsprozeß durch die Großbetriebe, der sich seit einiger Zeit vollzieht, anscheinend jetzt noch beschleunigt wird. Wenn sich die Kleinbetriebe aber nur noch halten konnten mit Hilfe der mörderischen Kinderarbeit, so ist es um ihren Niedergang nicht schade.

Natürlich versucht man auch das Gesetz zu umgehen. Einen geradezu typischen Fall, wie dies gemacht wird, theilt der Beamte für Sachsen-Altenburg mit. Derselbe erzählt, daß ein Bäckermeister zum Ausstragen der Frühstücksware an seine Kundin das Gebäck einfach einer Frau übergab, die dann durch ihre Kinder die einzelnen Posten an die Kunden des Bäckers abtragen ließ. Selbstverständlich wurde diesem sündigen Bäckermeister das Handwerk gelegt.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter stieg im Berichtsjahre von 18 312 auf 19 920. Interessant ist es, daß die Zunahme bei den jungen Leuten männlichen Geschlechts 6 pCt., bei den weiblichen dagegen 13,7 pCt. betrug. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahre die Konfektionsbetriebe mitberücksichtigt wurden, die besonders viele weibliche und gerade jugendliche Personen beschäftigen. Es ist erfreulich, daß fast alle Aufsichtsbeamten hervorheben, daß Verhehlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Dauer der Arbeitszeit, die Pausen, die Nachtarbeit u. s. w. nur selten vorkamen.

Arbeiterinnen wurden gezählt 67 093 gegen 59 588 im Vorjahre. Das bedeutet eine Zunahme von über 12 1/2 pCt., die wiederum zurückzuführen ist auf die in Folge der Konfektionsverordnung veränderte Zählweise. Ist aber wird auch hervorgehoben, daß die Verwendung weiblicher Personen eine größere ist, da die weiblichen Arbeitskräfte sich billiger stellen als die männlichen. In einer Erhebung über die Zahl verheiratheter Arbeiterinnen in Sachsen-Meinungen werden einige interessante Mittheilungen gemacht. Man hat dort beobachtet, daß, wo der Mann Grundbesitz erwerben und Vieh halten kann, die Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen verhältnismäßig gering ist; wo dies nicht der Fall ist, muß die Frau durch Fabrikarbeit das Einkommen der Familie zu erhöhen suchen. Nur in den Cigarrenfabriken des Kreises Meinungen kann man eine Ausnahme hiervon bemerken. Nämlich, selbst wenn der Mann hier ein Stück Land erworben hat, geht die Frau doch in die Fabrik, weil sie zum Cigarrenmachen mehr Geschick hat, während der Mann zu Hause bleibt, um Acker und Vieh zu besorgen und für die Familie zu kochen.

Von einer Verlängerung der Mittagspause wollen die Frauen in der Regel nichts wissen. Es ist ihnen lieber, wenn sie die Tagesarbeit überhaupt früher beendigen können. Sie begründen dies damit, daß auch eine 1/2stündige Mittagspause nicht ausreichend sei, Speisen zu kochen. Dabei lassen sie allerdings außer Betracht, daß doch auch die Kinder, welche Mittags aus der Schule kommen, der elterlichen Fürsorge bedürfen. Freilich hat man auch hier einen Ausweg zu finden gesucht, indem man kleinere Kinder den Nachbarn oder einer Bewahranstalt gegen eine geringe Entschädigung anvertraut. Wie es tagsüber in einer solchen Arbeiterwohnung aussieht, das erzählt der Beamte von Oldenburg. Er fand ein etwa 8 Jahre altes Mädchen mit einem jüngeren Knaben Mittags allein zu Hause und erfuhr, daß die Eltern in der Fabrik seien. Die Suppe bekämen sie von ihrem „großen“ Bruder, der aber noch nicht nach Hause gekommen sei. Auf die Frage, wie alt denn der große Bruder sei, antwortete das Mädchen: 11 Jahre!

Die Arbeitszeit für Frauen erreichte fast nie das durch das Gesetz zulässige Maximum. In 7/8 aller Fälle betrug sie 9—10 Stunden, in 2 pCt. nur 8—9 Stunden. Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen kamen nicht häufig vor. Als Grund führt der Beamte von Sachsen-Weimar an, daß die Unternehmer wünschen, den organisirten Vertretern der Arbeiter, welche zur Entgegennahme von Mittheilungen, von Angehörigkeiten und Ungehelichkeiten stets gern bereit sind, um solche in den Fachorganen als verdächtigende Artikel und Anschuldigungen zu verwerthen, den Boden zu entziehen.“ Einen besseren Beweis für die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisationen, als er hier von amtlicher Seite geliefert wird, kann man sich wahrhaftig nicht denken.

Bezüglich der männlichen Arbeiter ist mitzutheilen, daß sich ihre Zahl von 247 561 auf 257 145 vermehrt hat. Deren Ar-

beitszeit war nach den Angaben der Beamten im Durchschnitt eine 10-11stündige. Längere Arbeitsdauer findet sich besonders in den Bezirken, wo 13-14stündige Arbeitstage eine Seltenheit sind. Fast überall hat sich das Bestreben geltend gemacht, eine Herabsetzung der Beschäftigungsdauer, selbstverständlich mit entsprechender Lohnherabsetzung herbeizuführen. Auch begegnete man überall dem Wunsche, die Arbeitspausen zu verkürzen, um die Arbeit überhaupt möglichst früh beendigen zu können. Die Nachtarbeit ist nur noch selten anzutreffen. Eigenthümlich berührt es, wenn der Beamte für Oldenburg erzählt, es sei oft von Arbeitern hervorgehoben worden, daß der Nachtarbeit im Interesse des Familienlebens und des eigenen Haushalts der Vorzug zu geben sei. Nur der wöchentliche Wechsel zwischen Tag- und Nachtarbeit sei lästig, weil die nötige Zeit des Schlafens damit immer wieder verschoben werden müsse und man sich niemals an das Eine oder Andere ganz gewöhnen könne. Ein Fabrikarbeiter, der früher regelmäßig nur Nachtarbeit gehabt hatte, hat diesem Beamten gegenüber bemerkt, „er sei dabei stets gesund und zufrieden gewesen.“ Sein Mitarbeiter habe ihn aber wegen seines Nachdienstes mit der verbleibenden freien Zeit am Tage beneidet. Darauf sei auf Antrag desselben der Tag- und Nachdienst für Beide angeordnet. Bei dieser immer wechselnden Lebensweise fühle er sich nicht mehr wohl, er entbehe jetzt den nötigen ruhigen Schlaf. Sonntagsarbeit wird nur ausnahmsweise verlangt, da wie mehrere Berichte betonen, dieselbe weder bei den Unternehmern, noch bei den Arbeitern beliebt sei.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung lassen fast alle Berichte erkennen, daß die Gewerbsverhältnisse für die Arbeiterschaft im Laufe des Jahres „keine Verschlechterung“ erfahren haben. Trotzdem wird darauf hingewiesen, daß die Lage der Arbeiterbevölkerung an und für sich eine sehr bedrückte ist, was angesichts der herrschenden Teuerung der Lebensmittel nicht Wunder nehmen wird. Wir verweisen nur auf das in unserer Nummer 49 aufgeführte Arbeiterbudget aus dem Berichte des Bremer Fabrikinspektors, das am besten zeigt, wie wenig beneidenswert die Lage der Arbeiter ist.

Δ Das Fiasko der gewerkschaftlichen Streiktaktik.

Die letzten unter gewerkschaftlicher Führung stattgefundenen Kämpfe endeten mit einer vollen Niederlage der Arbeiter. Allein der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet hatte wenigstens einen großen moralischen Erfolg, der aber nur deshalb erreicht wurde, weil die verschiedenen Organisationen der Bergarbeiter bei voller gegenseitiger Anerkennung gemeinsame Sache gemacht und dem Kampf jede parteipolitische Spitze genommen hatten. Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie stand unter Führung des Metallarbeiterverbandes mit einem Manne an der Spitze, der schon beim großen Berliner Gürtlerstreik die Bewegung in den Sumpf gebracht hatte und erwiesenermaßen für die Führung solcher Kämpfe völlig unfähig ist. Der verlorene Kampf in Berlin würde nicht unternommen worden sein, wenn nicht die sozialdemokratischen Nachschicht der „Vorwärts“ die Arbeiter zu einer „Ueberschätzung ihrer Macht“ verführt hätten. Nach der Niederlage mußte selbst die „Metallarbeiterzeitung“ darüber heftige Klagen führen, daß der Entscheidung über den Eintritt in den Kampf in den seltensten Fällen ruhige, kühle Abwägung der tatsächlichen Machtverhältnisse vorangehe, daß nicht Vernunftgründe, sondern lediglich die momentane, auf einer verhängnisvollen Selbsterhöhung beruhende Kampfesstimmung für die Entscheidung maßgebend sei. Die geeigneten Elemente, die auch die verständigsten sind, dürfen nichts sagen, weil es unter den „Zielbewußten“ nun einmal „als eine Schande gilt, nicht radikal zu sein“. Die sozialistischen Demagogen schmeicheln dem Arbeiter und dichten ihm eine Kraftentfaltung an, die er erstrebt und vielleicht auch einmal erlangen wird, aber heute noch lange nicht hat. Die Arbeiter müssen ihre Haut herhalten, damit die sozialdemokratische Partei Niemand daraus schneiden kann. Auch in gewerkschaftlichen Kreisen empfindet man den unheilvollen Einfluß, den die nur an ihre Geschäfte denkende sozialdemokratische Partei zum Schaden der Arbeiterfrage auf die Arbeiterbewegung ausübt. So wurde in der „Metallarbeiterzeitung“ offen anerkannt, daß die durch die Sozialdemokratie hervorgerufene Verwirrung in der Arbeitererschaft nach den Vorgängen der letzten Jahre nicht mehr zu verwundern sei. Das genannte Blatt mußte ferner klagen:

„Wenn selbst hervorragende Parteiführer, wie Bebel, sich nicht scheuen, von Arbeiterinnengehobener Lebensstellung zu reden und damit anzudeuten, daß diese das proletarische Denken und Fühlen verlernt haben, wenn Leute, wie Richard Fischer, der in Putschmacherei für die Partei nicht ganz unerfahren ist, von den Gewerkschaftsführern als Rassenmenschen spricht und andeutet, daß deren Idealismus nur mit ihrer Rasse lebt und stirbt, wenn man dann Schrift, Rechts- und sonstige Gelehrte, die, obwohl aus anderem Golze, ja sofort „proletarisch denken und fühlen können“, in das selbe Horn blasen und es „wissenschaftlich“ begründen, ist es geradezu unangehörlich, daß dadurch die wissenschaftlich leider nicht durchgebildeten und auch nicht immer zum Nachdenken erregten Arbeiter nach dieser Richtung hin so stark beeinflusst werden, daß sie ihre Führer in gleicher Weise ein-

schätzen. Zunächst richtet sich diese künstlich geschaffene Mißstimmung gegen die bezahlten Beamten, dann aber auch gegen alle übrigen Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, die sich mit deren Launen einverstanden erklären. Ist es doch schon soweit gekommen, daß in Berlin derjenige, der mit einem an erster Stelle stehenden Beamten verkehrt, Gefahr läuft, als minderwertig, als „Schleimer“ (wie die geschmackvolle Bezeichnung im Berliner Jargon lautet) angesehen zu werden. Auch das nicht dazu führen, daß selbst in verantwortlicher Stellung befindliche Verbandsfunktionäre sich überhaupt nicht gegen die Stimmung zu wenden trauen oder der Menge nach dem Munde reden? Müßen nicht Äußerungen der Rosa Luxemburg: „Der revolutionäre Geist ist uns wichtiger wie Disziplin und Organisation“, jede Disziplin untergraben? Und kann dann irgend eine politische Partei ohne Disziplin auskommen? Um wie viel nötiger ist dann aber straffe Disziplin für eine Gewerkschaft! Für sie, die täglich Schlägen zu schlagen hat, ist Disziplin geradezu Lebensbedingung, und deshalb ist die in der geschilderten Weise betriebene „Aufklärung“ unverantwortlich, um nicht zu sagen gewissenlos.“

An anderer Stelle des Artikels der „Metallarbeiterzeitung“ wird namentlich der Abgeordnete Bebel als Beispiel dafür angeführt, wie die sozialdemokratischen Parlamentsredner „das im Nachdenken wenig geübte Volk umschmeicheln“. Die schwere Niederlage der Arbeiter in Berlin ist also, wie auf gewerkschaftlicher Seite anerkannt wird, auf das Konto des Zusammenhanges der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie zurückzuführen. Und so lange dieser Zusammenhang besteht, haben die Gewerkschaften keinen Grund, sich über den unheimlichen Einfluß der Parteitagatoren auf die Arbeiterbewegung zu beschweren.

Inzwischen haben die Arbeiter aus gleicher Ursache eine neue, nicht minder schwere Niederlage erlitten, nämlich im Kampf mit den sächsisch-thüringischen Textilindustriellen. Diese Niederlage muß das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes unumwunden anerkennen. Und auch in der Beurteilung der Ursachen für diese Niederlage, die zu verhüten gewesen wäre, wenn der Entscheidung ruhige, kühle Abwägung der tatsächlichen Machtverhältnisse vorausgegangen wäre, ist das Blatt sehr freimütig, denn es erklärt mit erschütternder Offenheit:

Schuld daran, daß es zum Kampfe kam, sind in erster Linie die Unternehmer, indem sie sich beharrlich weigerten, die von den Arbeitern eingereichten Forderungen zu bewilligen. Das ist klar. Ebenso einleuchtend ist es aber auch, daß die Unternehmer den Kampf nicht wollten. Dafür spricht ihre zögernde Haltung, die sie lange vor der Aussperrung befand und die sie nur schwer zu einem Entschlusse kommen ließ. Diese Unentschlossenheit war es aber gerade, die den Arbeitern Muth verleiht, den ihnen hingeworfenen Forderungen aufzunehmen. Das war ein Fehler. Die Unternehmer waren so lange im Voraus auf die Möglichkeit eines Kampfes hingewiesen worden, daß sie sich bequem auf ihn einrichten konnten. Als es ihnen durch ihr den Arbeitern gemachtes Angebot nicht gelungen war, den Streik in den vier Versuchfabriken zu verhindern, mußten sie nun auch entschlossen sein, den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und zu Massenaussperrungen zu schreiten, um den Kampf möglichst schnell zu beenden und sich dadurch vor einer längeren Betriebsstörung zu schützen. . . . Wir haben von dem Kampf nicht bis zu unserer völligen Erschöpfung geführt, doch nicht mehr länger von uns, einen solchen Riesenkampf zu wagen? Konnten wir nach allem, was wir an Unternehmer-solidarität in Grimmitzschau wahrnahmen, in Sera der Zusammenhalt der Unternehmer in ihren Organisationen ein fester geworden? . . . Niemand wird das Alles bestreiten können. Und wir liegen uns auf einen Kampf ein, der, wenn er überhaupt von uns zu gewinnen war, eine Million hätte kosten können, wo wir, wenn wir uns nicht ganz von Kampfmitteln für die nächste Zukunft entblößen wollten, nur den zehnten Teil auf ihn verwenden konnten? Daß wir den Kampf mit diesem Betrage nicht gewinnen konnten, war vorauszu sehen. . . . Weßhalb also nahmen wir den Kampf auf? Weßhalb stellten wir den Streik nicht ein, als die Aussperrung perfekt werden sollte? Nun, weil die Streikenden es nicht wollten! Mit diesem „Schem“ der Kampfführung die Kämpfer begleiten; sie sollen sie führen, und die Truppen haben herein hätten die Führer den Massen abtrathen müssen, das durch die Aussperrung erweiterte Kampffeld zu betreten; und wären sie solchen Weisungen der Führer gewiß nachgekommen, wären sie gesagt, der Kampf mußte geführt werden, um dem organisierten Unternehmertum zu zeigen, daß es nicht ungekräft jeden Versuch, Arbeiterforderungen darf. Eines solchen Beweises bedurfte es für das Unternehmertum aber nicht mehr, der wurde ihm ja schon durch Grimmitzschau erbracht. . . . Unter solchen Umständen wäre es am Plage gewesen, den Kampf durch Annahme des Unternehmerangebotes vor weiterer Ausdehnung zu bewahren, als man sah, daß die Unternehmer auch vor dem gabe sein, einen Kampffonds anzufanzen, von dem die Unternehmer ausreichte, daß er zur längeren Führung eines ausgedehnten Kampffonds ausreichte. Statt dessen schwächten wir aber unsern Kampffonds durch einen erfolglosen Kampf, dessen Ausgang vorauszu sehen war. Der Kampf kam daher auch die Angrißslust des Unternehmertums nicht herabgemindert, sondern eher nur erhöht haben. Wir haben also nicht dem Unternehmertum eine heilsame Lektion erteilt, sondern von ihm erhalten, also gerade das Gegenteil von dem, was unser taktisches Kampfsziel erreicht, ganz davon abgesehen, daß wir das objektive Kampfsziel, die Tarifforderung der Arbeiter, aufgeben mußten. Suchen wir aus all dem die Lehre zu ziehen, daß wir

bestrebt sein müssen, alle Kämpfe von voraussichtlich größtem Umfange in Zukunft zu vermeiden, bis wir einen Kampffonds angeammelt haben werden, der uns in den Stand setzen könnte, solche Kämpfe längere Zeit hindurch zu führen! Das ist — das hat Crimmitschau und nun wieder auch Gera gezeigt — das einzige Mittel, dem Unternehmertum die Luft zu nehmen, uns Massenkämpfe aufzuzwingen.

Der unselbige Kampf in Crimmitschau hat die Unternehmer der Textilindustrie fest zusammengefligt. Die sozialdemokratische Presse sprach in jener Zeit von dem „Klassenkampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum“. Damit bekam der Streik einen parteipolitischen Charakter. Als die praktischen Forderungen der Arbeiter zurückgetreten und ihr Ringen zu einem einseitigen parteipolitischen Kampf durch die sozialdemokratische Presse herabgewürdigt war, erklärten die Unternehmer „bis zum Weikbluten den Kampf durchzuführen zu wollen“. Da unterlagen die Arbeiter. Im Falle des soeben beendeten Kampfes in und um Gera erklärt der „Textilarbeiter“, daß die Unternehmer den Kampf nicht wollten, daß ihn aber die Streikenden haben wollten. Auf die Führer wurde nicht gehört.

Der „Textilarbeiter“ hat keinen Grund sich darüber zu beschweren, daß die Führer kein Gehör bei der Masse fanden. Wenn man jahraus, jahrein derart auf die Arbeiter einwirkt, wie es in der sozialdemokratischen Presse — die Gewerkschaftspresse meist nicht ausgenommen — geschieht, dann darf man sich nicht wundern, wenn nachher die Beschäftigten keinen Erfolg haben. Wenn die Masse „ruhig und sachlich erwägen soll“, dann muß sie hierzu von langer Hand erzogen werden. Freilich, diese Erziehungsarbeit wirkt nicht so agitatorisch, wie es eine von jedem Stümper in der Arbeiterbewegung gehaltene Brandrede zu thun vermag.

Jetzt auf einmal soll mit dem bisherigen System der Kampfführung gebrochen werden. Das ist die Bankrott-erklärung der Streikaktivi, die unter sozialdemokratischer Führung seit Jahrzehnten geübt worden ist. Eine Streikleitung, die nur mitläßt, also gar nicht die Fähigkeit hat, den Kampf zu führen, muß abtanzen.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die auch den Crimmitschauer Streik zu dessen Ungunsten durch ihre sozialdemokratischen Ertraden so unheilvoll beeinflusste, ist mit der Streikleitung in Gera, weil sie bremsete, natürlich nicht einverstanden. Dies Blatt urteilt so:

„Die gänzlich erfolglosste des eben beendigten Kampfes ist wohl der gänzlich verfehlte Taktik der Leitung des deutschen Textilarbeiterverbandes zuzuschreiben. Nachdem die Unternehmer seit dem Frühjahr, wo ihnen die Textilarbeiter die Forderungen unterbreitet haben, sich so zum Kampfe rühten, war alles andere als Optimismus am Plage, vielmehr war vorauszusetzen, daß es zu einem heißen Ringen führen würde. Der Vorstand der Textilarbeiter aber schien eine andere Auffassung von dem Verlaufe der Dinge zu haben, sonst würde er nicht die von ihm befolgte Taktik eingeschlagen haben. Augenscheinlich hat der Verbandsvorstand die Macht des Unternehmertums unterschätzt, das wenigstens ist die Auffassung unserer Kollegen am Orte. Ueber die Niederlage herrscht eine starke Erbitterung. Allenthalben ist man der Meinung, daß der Verbandsvorstand nicht die nötigen Schritte bei den anderen Gewerkschaften wegen einer eventuellen Unterstützung rechtzeitig und mit der genügenden Begründung gethan hat. Das Vertrauen der Massen zur Organisation schwindet unter diesen Umständen ganz natürlich, und es ist außerordentlich schwierig, sie der Organisation zu erhalten und diese noch zu stärken.“

Die Metallarbeiter wie die Textilarbeiter sollten aus diesen Vorgängen die richtige Nutzenanwendung ziehen. Diese kann nur heißen: Hinweg mit der parteipolitischen Beeinflussung der Arbeiterbewegung! Die Gewerkschaften sind aber nicht im Stande, sich unabhängig zu machen, denn sie hängen in ihrer Existenz zum nicht geringen Theil von der sozialdemokratischen Partei ab. Darum müssen die einsichtigen Elemente in diesen Organisationen in die Gewerkschaften eintreten, damit diese groß und einflussreich genug werden, um der Arbeiterbewegung in Deutschland eine vernünftige und erfolgreiche Richtung zu geben.

Diese Richtung muß fortschreiten auf der Linie, wie sie durch die Deutschen Gewerkschaften gezogen worden ist: „Nüchtern in der sachlichen Beurtheilung, maßvoll in der Form und kraftvoll in der Energie für die Erringung vorher wohl erwogener Forderungen. Der Weg führt einen steilen Berg hinauf. Wer auf den Gipfel des Erfolges klettern will, muß sich mühen und muthig bleiben.“

Auf steilen Wegen kann es nur langsam vorwärts gehen!

Wochenschau.

Berlin, 19. Dezember 1905.

Verbandsgeossen und Genossinnen! Der Termin, von dem ab das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften regelmäßig wöchentlich dreimal erscheinen soll, rückt näher. Noch aber ist die erforderliche Zahl von Abonnenten nicht erreicht. Der Ruf des Centralrats, daß jeder Ortsverein in der Abonnementsliste unbedingt vertreten sein müsse, hat bis jetzt nicht die gebührende Beachtung gefunden. So rege und erfolgreich auch die Werbearbeit

für das „Korrespondenzblatt“ an einigen Orten gewesen ist, so gleichgiltig hat sich die übergroße Mehrzahl der Ortsvereine dieser so überaus wichtigen Angelegenheit gegenüber verhalten. Von den mehr als 2400 Ortsvereinen, die der Verband der Deutschen Gewerkschaften zählt, fehlen noch über 2000 mit einer Bestellung.

Fürwahr ein wenig erfreuliches Zeichen! Wo bleiben alle jene Vereine?

Es Allen recht zu machen, ist eine Kunst, die Niemand kann, und so sind trotz vieler Anerkennungen auch mancherlei Mängel gerügt worden, die dem „Korrespondenzblatt“ anhaften sollen und die im Folgenden kurz widerlegt werden mögen. Die Bedenken richten sich gegen den Inhalt und das Format.

Daß die Probenummern, die nur einmal wöchentlich erscheinen und aus Gründen der Sparsamkeit mit den übrigen Verbandsorganen zusammen versandt werden, inhaltlich nicht den gestellten Anforderungen entsprechen können, ist doch selbstverständlich. Die Nummer gelangt eben erst eine volle Woche nach ihrer Fertigstellung in die Hände der Empfänger, und wenn nicht gerade in der Woche Sitzung ist, vierzehn Tage später in die Hände der Mitglieder. Dann ist der Inhalt natürlich zu einem Theil veraltet. Erscheint dagegen das Blatt wöchentlich dreimal und wird den Mitgliedern direkt durch den Postboten in das Haus gebracht, dann werden die Leser sofort über alle Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung unterrichtet und können alle Verleumdungen und Lügen, mit denen gegen uns gearbeitet wird, umgehend zurückweisen. Rüstighin werden Parlamentsverhandlungen, die sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Dingen beschäftigen, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften ausführlicher behandelt, sowie allen Lohnbewegungen und dergl. ein weiterer Raum, als es in den Probenummern möglich war, eingeräumt werden.

Dann das Format! Von vielen Seiten ist daselbe wegen seiner Handlichkeit gerade gelobt worden. Ebenso oft aber wird es als „zu klein“ bezeichnet. Wir wollen uns nicht nochmal darauf berufen, daß auch die Konkurrenzorganisationen, die „freien“ und „christlichen“ Gewerkschaften, Korrespondenzblätter in demselben Format herausgeben. Was für jene gut genug ist, das braucht uns noch lange nicht zu genügen. Indessen das „Korrespondenzblatt“ soll nicht eine Zeitung sein, sondern nur ein Nachrichtenblatt, das allen führenden Genossen und auch den lokalen Gewerkschaftsleitungen, außerdem aber auch allen führenden Ortsvereinsleitungen jeder Zeit Agitationsmaterial zuführen soll. Je größer die Abonnentenzahl, um so reicher an Umfang und Inhalt wird das „Korrespondenzblatt“ werden, umso billiger aber kann es auch den Mitgliedern geliefert werden.

Nun, von hier aus ist Alles gesehen, was nötig war. Jetzt ist es Aufgabe, ja Ehrensache der Mitglieder, dem Unternehmen die sichere Grundlage zu schaffen. Noch ist es Zeit, das Versäumte nachzuholen. Zeichnet Euch ein in die Bestelllisten und sendet dieselben so bald wie möglich mit genauen Adressen an das Verbandsbureau. Unsere Mitglieder stellten sich ein schlechtes Zeugnis aus, wenn sie die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ nicht ermöglichen könnten. Darum nochmals frisch ans Werk! Thue Jeder seine Pflicht, dann wird es gelingen, uns eine Waffe zu schaffen, mit der unsere Mitglieder den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen energisch führen können.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist der von der Regierung wiederholt in Aussicht gestellte Gesetzentwurf zur **Abänderung des Anknüpfungsgesetzes** endlich eingegangen.

Die vom Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband geplante „**Westdeutsche Abendpost**“, die dreimal wöchentlich erscheinen soll, ist am 16. Dezember als 1. Probenummer erschienen. Der Abonnementspreis ist auf 1,20 Mk. pro Quartal festgesetzt. Wir wünschen dem neuen Unternehmen viel Glück.

Brutaler Terrorismus. Das Brauhaus „Leutonia“ in Altona bei Hamburg entließ am 1. Dezember 7 Brauer, die dem Brauereiverein von 1889 angehören, welcher dem Verband der Deutschen Gewerkschaften angeschlossen ist, weil sie sich weigerten, dem sozialdemokratischen Brauereiarbeiterverbände beizutreten. Das Brauhaus hat sich verpflichtet lassen, in Zukunft nur Sozialdemokraten zu beschäftigen. Diese Thatsachen wurden auch in der letzten

Sitzung des Hamburger Gewerkschaftsartells feierlich verkündet. Unsere Kollegen in Hamburg übernehmen die Unterstützung der 7 Gemahrgelsten aus eigenen Mitteln. In Folge jenes unerhörten Vorganges hat sich unserer Verbändgenossen eine große Erregung bemächtigt, die sie anspornt zu einer überaus energischen Agitation in Hamburg, Altona und Wandsbeck. Einsichtige Arbeiter erkennen die Maßregelung als einen unerhörten Gewaltakt an und treten zum Protest dagegen in die Gewerksvereine ein, um mitzuhelfen, solchen Niederträchtigkeiten erfolgreich entgegenzuwirken. Wenn die Unternehmer einen Mann entlassen, weil er Sozialdemokrat ist, dann wird dies auch in der anständigen bürgerlichen Presse scharf verurteilt. Hier aber zwingen Sozialdemokraten ein von ihnen abhängiges Unternehmen zu einer That, die sie, wenn sie an ihnen verübt würde, mit dem Boykott beantworten würden. Hui Leute!

Arbeiterbewegung. Eine unangenehme Ueberraschung wurde den Arbeitern der Reptunwerft in Rostock zu theil. Als Weihnachtsgeldeste erhielten 1600 Werftarbeiter ihre plötzliche Entlassung, deren Wiedereinstellung vor Neujahr kaum zu erwarten sein dürfte. Dieses Vorgehen der Werkleitung wurde dadurch herbeigeführt, daß Mitte Oktober eine Anzahl Affordarbeiter wegen Lohnbifferenzen das Gewerbegericht zur Entscheidung anriefen. Das Gewerbegericht lehnte aber eine Entscheidung ab, da es sich aus formalen Gründen nicht für zuständig erachtete. Endlich setzte das Gewerbegericht am 4. Dezember einen Termin für den 15. Dezember an. In der Zwischenzeit zwischen der Festsetzung dieses Termines und dem Termin selbst aber entließ die Direktion der Werft zwölf Mann, was die Schiffbauer zur Arbeitsniederlegung veranlaßte, und an dem Tage, an welchem der Termin endlich stattfinden sollte, entließ die Betriebsleitung noch 1600 Mann und lehnte es ab, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Man sieht, die Kühnemann machen Schule! — Die Aussperrung der Hafnarbeiter in Emden dauert noch an, und es ist keine Aussicht vorhanden, den Konflikt beizulegen. Im Ganzen sind von der Aussperrung 612 Personen betroffen, die fest entschlossen bei ihren Forderungen beharren. — Zur Beilegung der Droschken-Arbeiterbewegung in Berlin fanden vor dem Gewerbegericht Einigungsverhandlungen statt, wobei die beteiligten Parteien aufgeföhrt wurden, sich dahin zu einigen, daß die Droschken-Arbeiter einen festen Lohn von 1,75 Mk. bei einer Tageseinnahme von 11 Mk. und 25 pSt. der Einnahmen erhalten. Bisher betrug der feste Lohn 1,50 Mk., wofür die Kutscher noch selbst die Wagen waschen mußten. Sollte dieser Vorschlag des Einigungsamtes die Zustimmung der Generalversammlungen der beiden Parteien finden, dann sollen die Arbeitsbedingungen und Löhne tariflich festgelegt werden. — Die Führer der Automobil-Droschken in Berlin drohen ebenfalls mit einer Arbeitsniederlegung. Die Ursachen sind hierbei nicht in Lohnfragen zu suchen. Die Arbeitgebervereinigung will Ausweisbücher einföhren, die von den Führern jedoch nicht gewünscht werden.

Der Streik in der Berliner Elektroindustrie beschäftigt noch immer lebhaft die beteiligten Kreise. Die Erbitterung über den unglücklichen Verlauf derselben kam auch in einer außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die am 17. Dezember in Berlin stattfand, zum Ausdruck. In Mitgliedertreffen dieser Organisationen sind lebhafteste Vorwürfe gegen die Berliner Ortsverwaltung wegen ihrer verkehrten Taktik und gegen den Hauptvorstand in Stuttgart wegen der Nichtbewilligung von Streikgeldern erhoben worden. Ein direktes Mißtrauensvotum gegen die Berliner Verwaltung verstand der Bevollmächtigte Cohen zwar abzuwenden, dagegen wurde eine Resolution gegen den Hauptvorstand wegen seiner „Engherzigkeit“ angenommen. Die Versammlung protestirte auch ganz entschieden gegen die Einseitigkeit des Hauptvorstandes in Betreff der materiellen Frage, die als Hauptgrund der leitenden Personen für den schmählichen Abbruch des Kampfes angegeben wird. Die Versammlung hatte leicht protestiren. Der Hauptvorstand dachte wahrscheinlich: Woher nehmen und nicht stehlen? Wenn fortwährend das Geld in ausichtslosen Streiks verpumpt wird, dann fehlt es natürlich an Mitteln, wenn ein größerer Kampf durchgeführt werden soll. Uebrigens wurde auch gegen den „geradezu beleidigenden Leitartikel in Nr. 44 der „Metallarbeiterzeitung“, mit dem wir uns schon beschäftigt, Stellung genommen. „Kleinliche Selbstüberschätzung sei unter den Berliner Kollegen nicht vorhanden.“ Der Ausdruck scheint uns zwar nicht ganz unrichtig zu sein. „Erbsöhnwahn“ tröste aber vielleicht noch besser zu, wenigstens für gewisse Führer.

Die Wahlrechtsdemonstrationen, die von der sächsischen Sozialdemokratie seit einiger Zeit veranstaltet werden, haben in Dresden bebauerlichsterweise zum Blutvergießen geführt. Am Sonnabend Abend hatten daselbst mehrere Volksversammlungen stattgefunden. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ war nun zwar gerathen worden, diesmal von Straßen demonstrationen nach den Versammlungen abzusehen. Daß derartige Rathschläge aber von den fortwährend erregten Massen nicht befolgt werden würden, hätte sich auch das sozialdemokratische Blatt sagen können. In der That erscholl dann auch nach Schluß der Versammlung überall der Ruf: „Zu Weich!“ und bald ergossen sich die Menschenmengen nach der Villa des Ministers, die Stelle der Nacht durch Abfingern des Sozialistenmarches und Hochrufe auf das freie Wahlrecht unterbrechend. Natürlich kam es dabei zu Zusammen-

stößen mit der Polizei, wobei mehrere Schüsse aus der Menge fielen. In dem nun folgenden Gedränge wurden nahezu 20 Personen durch Säbelhiebe verletzt, die nach dem Krankenhause geschafft werden mußten.

Derartige Vorwommisse sind tief bebauerlich. Jeder gerecht und demokratisch denkende Mensch in Deutschland wird das sächsische Wahlrecht auf das Schärfste verurtheilen, und soweit dies in seinen Kräften steht, an seiner Beseitigung mitwirken. Derartige Demonstrationen aber führen nicht zum Ziel. Sie erreichen höchstens das Gegentheil: eine verstärkte Reaktion!

Rosa Luxemburg, geistige Leiterin des „Vorwärts“, wird von den Gewerkschaftsorganen arg zergaußt, weil sie als „neue Prophetin des Generalstreiks“ durch Deutschland reist und gegen die Gewerkschaften, besonders gegen die „bornirten Gewerkschaftsbureaucraten“ heßt. „Der Grundstein“ nennt die Rosa eine politische Ueberbrettklerin. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ rüht ihr indirekt, doch lieber nach Rußland zu gehen, wenn sie so revolutionslustig sei.

Halten die Revolutionsromantiker uns dennoch die russischen Vorgänge als so nachahmenswerth, als ein gloriozes Vorgehen entgegen, an dem wir uns ein Beispiel nehmen sollten, so müssen wir darauf antworten, daß diese „glorioze Bewegung“ ohne politische und gewerkschaftliche Organisation und ohne daß Rosa Luxemburg in Rußland auch nur eine Generalstreikrede gehalten hätte, entstanden ist, und diese glorioze Bewegung ist auch ohne Rosa Luxemburg bis heute siegreich geführt worden. Rosa Luxemburg ist Rußin, ihre Landsmänner können und müssen sich ihre Freiheit ohne ihre Mithilfe erkämpfen, sie predigt im sicheren Deutschland den Generalstreik, heßt gegen die Gewerkschaften, während ihre Brüder und Schwestern in eigenen Vaterlande im Kampfe gegen den Absolutismus verbluten. Diese russische Arbeiterkraft wird in ihrem schweren Kampfe ohne Rosa Luxemburg fertig und die deutschen Arbeiter bedürfen ihrer erst recht nicht.

„Der Textilarbeiter“, der noch vor Kurzem sehr vernünftige Anschauungen entwickelte, auf die wir an anderer Stelle vorliegender Nummer eingehen, schwärmt in seiner Nummer 50 ganz im Sinne von Rosa Luxemburg für den politischen Massenstreik. Das Blatt spottet über diejenigen Gewerkschafter, die vom Generalstreik nichts wissen wollen.

Wenn einzelnen vermögenden Gewerkschaften nur die Geldlosen Schmerzen bereiten, so kann man wohl getroßt erklären: wenn der Moment gekommen und die deutsche Arbeiterschaft gezwungen ist, zum Massenstreik zu greifen, dann wird sie auch auf die Gelder verzichten, sie wird für ihre Ueberzeugung zu hungern wissen, sie wird alle daraus entstehenden Konsequenzen selbst tragen. Sie wird sich in ihrem Gange durch nichts aufhalten lassen! Und wenn dann draußen der dumpfe Trill der Arbeiterbatalione ertönt, die für ihre Rechte und Freiheiten demonstrieren, dann können diejenigen, die jetzt die Arbeiterschaft trontföhren, in ihrem Kämmerlein sitzen und die Millionen zählen.“

„Der Textilarbeiter“ wirft also den nüchtern denkenden Gewerkschaftern vor, daß sie die Arbeiter ironisiren. Es ist ein noch herberer Spott, wenn dann von den reicheren Gewerkschaften gesagt wird, daß ihre Führer während des Generalstreiks im Kämmerlein sitzen und die Millionen zählen könnten.

Bei Rosa Luxemburg und ihrem revolutionären Anhang mögen sich die Gewerkschaften für den Wirrwarr bedanken, der durch die Radikalisten unter ihnen hervorgerufen worden ist.

Ein englischer Arbeiterführer als Minister. In England hat sich in vergangener Woche ein neues Kabinett gebildet, das zu seinen Mitgliedern auch einen Gewerkschaftsführer, nämlich John Burns, zählt. Auch schon in früheren englischen Ministerien begegnete man Arbeiterführern in verantwortlicher Staatsstellung. Broadhurst vom Gewerksverein der Steinmaurer und der bekannte Bergarbeiterführer Thomas Burt sind Unterstaatssekretäre gewesen.

John Burns ist in vieler Hinsicht eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten der gegenwärtigen Arbeiterbewegung in England. Er wurde im Jahre 1859 zu Battersea, einem Vorort zu London, geboren und erlernte das Maschinenbaufach. Nach Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1879 trat er dem amalgamirten (vereinigten) Maschinenbauerverein bei. Hier entwickelte er bald eine unermüdliche Werbearbeit, die auch von bedeutenden Erfolgen gekrönt war. Zu den inneren Gewerksvereinsangelegenheiten nahm Burns eine radikale Stellung ein und vertrat auf den Kongressen Ideen, die, vom deutschen Standpunkt betrachtet, eine sozialistische Färbung hatten. Im Jahre 1885 wurde er auch von der sozialdemokratischen Föderation Englands als Kandidat zum Unterhause aufgestellt, erhielt aber nur 598 Stimmen.

Sein hervorragendes Organisations-talent bewies er bei dem großen Streik der Docarbeiter im Jahre 1889. Hierbei machte er den ersten Versuch, die ungelerten Arbeiter Englands zu organisiren, was ihm auch gelang. In demselben Jahre wurde er in den Londoner Grafschaftsrath gewählt, wo er zu den am erfolgreichsten wirkenden Mitgliedern gehörte. Drei Jahre später, 1892, zog Burns in das Unterhaus ein. Hier vertrat er eine rein liberale Politik, da ihm der Mißerfolg bei den Wahlen i. J. 1885 wohl das Bewußtsein beigebracht hatte, daß er als Arbeiterführer nur auf liberaler Grundlage erfolgreich wirken könne. Im Parlament bewährte er sich als genauer Kenner der Arbeitsverhältnisse und wußte sich sehr bald hohes Ansehen zu verschaffen.

Seine Stellung im neuen Ministerium unter der liberalen

Fenilleton.

Die Ergebnisse des russisch-japanischen Krieges.

In dem Organ der Deutschen Friedensgesellschaft, „Friedensblätter“, veröffentlicht G. Rühle-Stuttgart eine interessante Arbeit über die Ergebnisse des russisch-japanischen Krieges, deren Inhalt alle Friedensfreunde — und das sind die deutschen Gewervereiner ganz gewiß — lebhaft interessieren dürfte, weshalb wir sie gern im „Gewerkeverein“ wiedergeben.

Der russisch-japanische Krieg, der 1 1/2 Jahre gewährt hat, ist zu Ende. Allmählich werden die Soldaten in ihre Heimath zurückbesördert und ihrem bürgerlichen Berufe wiedergegeben werden. Bald wird der friedliche Verkehr in seine Rechte treten und mit lebhaftem Eifer die Gegend erfüllen, in denen kurz vorher der Kriegsgott seine verderbbringende Waffe schwang.

Uns Friedensfreunden erwächst die Pflicht, diesen Krieg, der ein Denkmal unserer Zeiten Schande ist, vorzunehmen und daraus neue Beweismünde für unsere Bestrebungen herzuleiten.

Der Verlauf des Krieges hat Ergebnisse gezeitigt, wie sie sich die tollste Phantasia nicht schrecklicher hätte ausmalen können. Schauerliche Bilder entrollen sich vor unserm Auge.

Mit dem größten Raffinement erdennene Mordmaschinen neuerer Konstruktion werden neben mittelalterlich anmutenden Vertheidigungsmitteln verwendet. Das grausige Netz der Stacheldrahtketten fordert seine unglücklichen Opfer, die sich in den Drahtschlingen wie Hasen fangen. In Port Arthur verbinden die Russen den Draht mit dem Elektrizitätsnetz, so daß die ihn berührenden Japaner auf elektrischem Wege getötet werden. In den tiefen, trichterförmigen Wulstgruben werden die Krieger von den spitzen Pfählen aufgespießt und „zappeln und tanzen dort in der Tiefe wie die Hanswürste, mit denen die Kinder spielen“. Der Erdboden wird mit Minen unterlegt, so daß der darüber hinschreitende Feind plötzlich in die Luft geschleudert wird. Die Handgranaten, Dynamitbomben, spielen eine große Rolle. Die Japaner verwenden Haubitzengranaten, deren Inhalt aus dem giftigen, tödlichen Schimojeffstoff besteht, bei dessen Explosion die Menschen in seinem Bereich erhitzen. Beim Abzug aus Sandeou vertheilen die Japaner in Mauern und Gängen allerlei Sprengstoffe, die sie beim Einzug der Russen entzünden. Auf den Tischen lassen sie geldadächtige Beutel zurück, die, sobald sie von den Russen in die Hand genommen werden, explodiren. Die Russen werfen ungeschützten Kalk auf die Schanzgräben Port Arthurs, wodurch viele Japaner das Augenlicht einbüßen. Sie füllen die Gräben mit Kerosinöl und entzünden es beim Ansturm der Japaner auf elektrischem Wege, wodurch viele jämmerlich verbrennen müssen. In das Steinzeitalter glaubt man sich versetzt, wenn man sieht, daß bei Lanjang, als die Munition eine Zeit lang mankete, die Gegner sich eine erbitterte Steinschlacht lieferten. In den Kämpfen um Port Arthur wurde schließlich die weiße Fahne als Zeichen der Uebergabe nicht mehr anerkannt, Parson wurde weder gewünscht noch gegeben.

Wo der Mord so massenhaft und fabrikmäßig betrieben wird, muß es natürlich mit der Verpflegung der Verwundeten schlecht bestellt sein. Hilfslos sterben die Verwundeten zu Hunderten vor Hunger, Durst und Kälte. Es kommt vor, daß Verwundete und Tote in ein Grab geschaufelt werden. Wo die Verwundeten das Glück gehabt haben, in Eisenbahnwagen aufgenommen zu werden, werden sie oft wie das Vieh zusammengepfercht. Die luxuriös eingerichteten Lazarettzüge, wie sie auch die deutsche Kriegs sanitätsordnung kennt, gewähren, wie im Frieden die Luxuszüge, nur wenigen Auserlesenen die Möglichkeit, mit Komfort befördert zu werden, während die überwältigende Mehrzahl auf die Sanitäts- und Hilfslazarettzüge angewiesen ist, deren Wagen wahre Marterkisten für die unglücklichen Inhaftigen sind. Ein in Charbin eingetroffener Zug mit 1300 Kranken verfügt nur über einen Arzt. In einem anderen Zuge haben sämtliche Verwundete abgefrorene Hände und Füße. In einem dritten Falle liegen in vielen Wagen die Todten schon den zweiten Tag und sind in Folge der Hitze stark in Verwesung übergegangen. Leute mit zerflossenen Eingeweiden liegen neben Typhuskranken, wahnfinnig gewordene Kranke treten auf den Köpfen der Verwundeten herum. Die nothwendigste Nahrung fehlt tagelang.

Der Nahrungsmangel zeigt sich nicht nur bei Verwundeten, sondern auch bei den Kämpfenden. Ebenso macht sich zeitweise ein empfindlicher Mangel an Kleidungsstücken bemerkbar.

Die Anspannungen, denen die Ketten der Soldaten durch den stundenlang dauernden Geschosregen und durch die von keiner Rauchwolke mehr verhüllten Schreden des Schlachtfeldes ausgesetzt sind, rufen jeden Tag Tobsuchtsfälle hervor. Der Wahnfinn, wie ihn Andrejew in „Das rothe Lachen“ so erschütternd zeichnet, gefestigt sich zu den Wüthgegneln eines modernen Krieges.

Der Festungskrieg, der Kampf um Port Arthur, erfordert ungeheuren Aufwand an Blut und Zeit. Die Belagerung dauert mehr als 7 Monate. Die Verluste der Russen betragen mindestens 25 000 Mann = 50 pCt., die der Japaner 60—70 000 Mann = 100 pCt.!

Der Handel der Neutralen ist durch Beschlagnahme und Ver-

Führung Campbell-Bannermans ist die eines Präsidenten der Lokalregierung. Als solcher hat Burns die Aufsicht über die Städte- und Kreisverwaltungen. In diesem Ressort hat er viel Gelegenheit, sich sozialpolitisch zu betheiligen und in die That umzusetzen, was er als Arbeiterführer gefordert hat. Es fragt sich nur, ob er genügend Energie und Kraft besitzt, dies auch bei seinem Ministerkollegen durchzuführen. Gelingt ihm das nicht, dann könnte ihm die Ministerheftigkeit in seinem Ansehen mehr schaden als nützen.

Für das englische Volk bedeutet der Kabinettswechsel übrigens eine Wohlthat insofern, als durch die Zusammensetzung des neuen Ministeriums Gewähr geleistet ist, daß die Bestrebungen auf Einführung einer Schutzollpolitik den Boden verloren haben.

Erwähnt sei schließlich noch, daß England nicht der einzige Staat ist, dessen Ministeriell organisierte Arbeiter zieren. Auch in Australien haben Arbeiterführer schon Ministerposten bekleidet. In Deutschland freilich ist das noch nicht vorgekommen. Hier geben indessen auch nicht bloß Begabung und Kenntnisse den Ausschlag für die Besetzung dieser verantwortungsvollen Posten, sondern vor Allem vornehme Geburt und „gute Beziehungen“.

Sachpflicht. Das Oberlandesgericht zu Hamm hat das große Hüttenwerk „Dortmunder Union“ verurtheilt, einem Arbeiter Schadenersatz zu leisten, der im Betrieb des Werkes dadurch verunglückte, daß er mit einer Bühne herabstürzte, deren Balken saul waren. Es ist sehr vernünftig, die großen Werke haftpflichtig zu machen bei Unfällen, die ihre Ursache haben in der groben Vernachlässigung der Aufsichtspflicht. Der § 120 der Gewerbeordnung bestimmt ausdrücklich im ersten Absatz, daß die Gewerbeunternehmer verpflichtet sind, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen Maschinen und Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit sowohl geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Die Uebernahme der Unfallentschädigung durch die Berufsgenossenschaften hat die Verletzungen gegen die Verpflichtungen dieser gesetzlichen Bestimmung vielfach sehr sorglos gemacht.

Zur weiteren inneren Ausschmückung des Verbandshauses hat der Ortsverein der Maschinenbau und Metallarbeiter in Kiel ein großes Bild gestiftet, welches darstellt die internationale Flottenschau auf dem Kieler Hafen am 21. Juni 1895, zur Erinnerung an die Eröffnung des Kaiser Wilhelm Kanals.

Der Gehaltsausschuß der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatte auf Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Duard beschlossen, den nicht in Frankfurt wohnenden und wöchentlich nach Hause fahrenden städtischen Arbeiter keinen Mietzuschuß zu gewähren. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte diesen Antrag, obgleich er von Dr. Duard lebhaft befürwortet wurde, ab, weil sie der Meinung war, daß dieser Mietzuschuß allen städtischen Arbeitern, gleichviel wo sie wohnen, zu Gute kommen müsse. — Damit hat die Stadtverordnetenversammlung jedenfalls mehr soziales Verständnis bekundet, als die sozialdemokratischen Vertreter.

Ein Zurückzieher. Auch Herr Simon vom „zielbewußten“ Centralverband der Schuhmacher hat sich überzeugen müssen, daß er im Weisenfelder Schuhmachereistrit den Hauptkassirer des Gewerkevereins der Schuhmacher, Kollegen Rehl, in straflicher Weise verleumdet hat. Folgende Bekanntmachung wird in drei Zeitungen veröffentlicht:

In der Privatklagesache des Kassirers des Gewerkevereins der Schuhmacher und Lederarbeiter, Louis Rehl in Berlin, vertreten durch Rechtsanwalt Laß,

gegen den Vorstehenden des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, S. Simon in Nürnberg, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Süßhuth, wegen Verleumdung, kam in der Sitzung des Schöffengerichts am Kgl. Amtsgerichte Nürnberg vom 9. Dezember 1905 folgender

Vergleich

zu Stande:

- I. Der Beklagte nimmt seine Beleidigungen über den Privatkläger in Nr. 97 der „Frankfurter Tagespost“ vom 26. April 1905 unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
- II. Der Beklagte trägt sämtliche Kosten.
- III. Privatklage und Strafantrag werden zurückgenommen.
- IV. Der klägerische Vertreter erhält eine Aufrechterhaltung dieses Vergleichs und ist befugt, denselben binnen zwei Wochen nach Empfang der Ausfertigung je einmal in der „Frankfurter Tagespost“, im „Lederarbeiter“ und im „Schuhmachersabblatt“ auf Kosten des Beklagten öffentlich bekannt zu machen.

Vorstehenden Vergleich gebe ich als Vertreter des Privatklägers öffentlich bekannt. Nürnberg, 18. Dezember 1905.

Laß, Rechtsanwalt.

Unser Rehl hat in großmüthiger Weise auf eine Bestrafung des Herrn Simon verzichtet, da ihm nur daran lag, seine beleidigte Ehre wieder herzustellen.

senkung von Schiffen seitens der Kriessührenden empfindlich herabgesetzt worden. Die herrenlos treibenden Seerminen bilden eine ständige Gefahr für den Weltverkehr; erst in der allerletzten Zeit sind dadurch wieder einige Schiffe zu Grunde gegangen.

Der Verlust an Kriegsschiffen in den Seeschlachten und außerhalb derselben durch Ausstoßen auf Minen erreicht die hohe Zahl 82. Davon sind in einer einzigen Schlacht, der Seeschlacht von Tsushima, auf Seite der Russen 22 Schiffe im Werth von 400 Millionen Mark verloren gegangen. Diese Schlacht ist nach der Größe der Verluste mit der größten Seeschlacht der Neuzeit, mit der berühmten Schlacht von Trafalgar, zu vergleichen.

Die Landeschlachten geben an Furchtbarkeit den Seeschlachten nichts nach. Einzelne Schlachten dauern 8, 10 und 14 Tage lang und ihre Verluste betragen bis zu 150 000 Mann; die größten Schlachten der Neuzeit werden dadurch überboten. Trotzdem löst sich von einem entscheidenden Landesieg nirgends reden. Nach einigen Wochen oder Monaten stehen sich die Heere aufs Neue kampfbereit gegenüber. Seit der Schlacht bei Muden (Ende Februar bis Anfang März) kommt es zu keiner eigentlichen Schlacht mehr, weil die zu erwartenden ungeheuren Verluste jeden Theil vor dem Angriff abhalten. Wenn ein preussischer General meint, die Unthätigkeit der Japaner sei auch durch das Heimweh nach ihrem Blumenland^{*)} veranlaßt, so macht dies dem mimesenhaften Empfinden des Offiziers alle Ehre, ist aber zweifellos unzutreffend.

Entsprechend der wohnsinnigen Vergewandung an Gut und Blut gestaltet sich das Verlustkonto. Der Krieg kostete den Russen 300 000 Tode, Verwundete und Gefangene, 67 Kriegsschiffe und mindestens 4 Milliarden Mark, den Japanern 200 000 Mann, 15 Kriegsschiffe und 2 1/2 Milliarden Mark.^{*)} Dabei sind in den Jahren 1894—1903 von Rußland für Heer und Marine 8400 Millionen, von Japan 1700 Millionen Mark aufgewendet worden.

Vergleichen wir damit die Ergebnisse, wie sie im Friedensvertrag zum Ausdruck gekommen sind. Der Sieger Japan erhält die Oberhoheit über Korea, ferner das russische Pachtgebiet auf der Liaotung-Halbinsel, einen Theil der Mandchurien-Eisenbahn und Südsachalin. Rußland behält einen Theil der mandchurischen Eisenbahn und Nord Sachalin. Die Mandchurien mit Ausnahme des Pachtgebiets auf Liaotung muß vollständig an China zurückgegeben werden.

Das sind also die Ergebnisse des entsetzlichen Kriegs und deshalb, sagt man uns, sei er notwendig gewesen, weil die Interessen der beiden Völker aufeinandergetroffen seien, während es sich doch in Wirklichkeit auf Seite der Russen, der Urheber des Krieges, um eine kleine Clique imperialistischer und gewinnstüchtiger Spekulanten handelte.

Rußland ist besiegt. Es hat den Fuß, den es auf fremdes Gebiet gesetzt hat, zurückziehen müssen. Vorgeblieh waren die großen Summen, die es für Rüstungen ausgeworfen hat, seine Flotte ist vernichtet, sein Landheer dezimirt, seine Finanzkraft gelähmt und im Innern grollt dumpf die Revolution.

Japan hat zwar Landzuwachs und sonstige Vortheile erhalten, die jedoch in keinem Verhältnis zu seinen Verlusten stehen. Es hat seine Nationalschuld während der Kriegszeit vervierfacht und in einem Theil des Landes ist gegenwärtig eine Million Menschen von der Hungersnoth bedroht. Japan erhofft allerdings einen lebhaften Aufschwung durch rege Handelsbeziehungen zur Mandchurien und durch den Einfluß, den es in China ausgeübt hat und noch ausüben gedenkt. Jedoch wird China sich Japan wohl als Lehremeister, aber nicht als Oberherr gefallen lassen und in Amerika mit seinem unerschöpflichen Kapital erwächst dem Japaner ein gefährlicher Nebenbuhler. Vor dem Friedensschlusse war in Japan die Rede von einer japanischen Monroe doktrin, die nicht gestattet, daß in der Nähe der Küsten des japanischen Meeres eine andere Macht sich festsetze. Dieser Traum hat sich nicht erfüllt, die europäischen Mächte, einschließlich der russischen, bleiben in der Umgebung des japanischen Meeres und damit ist die Herrschaft Japans in den gebührenden Grenzen gehalten. (Schluß folgt.)

Gewerkvereins=Theil.

§ Vorligewerk. Am 7. Dezember ist es dem hiesigen D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter gelungen, mit Hilfe des Kollegen Schmidt-Oberhausen einen Ortsverein der Bergarbeiter ins Leben zu rufen, dem sofort 80 Bergleute beitraten. Das war natürlich dem katholischen Bergverein sehr unangenehm, und so veranstaltete er denn am Sonntag, den 10. Dezember, eine öffentliche Versammlung, in der ein Herr Ruschke über: „Die Arbeiterlage in Obersachsen“ referirte. Nachdem er über alles Mögliche und Unmögliche geredet hatte, fing er schließlich an, über die Deutschen Gewerkvereine herzugelien, denen nach seiner Meinung kein katholischer Arbeiter angehören könne. Denn ohne Religion könne keine Arbeiterorganisation etwas erreichen; außerdem aber gingen die Gewerkvereine nach und nach völlig zur Sozialdemokratie über. Da trat ihm einer unserer Kollegen entgegen und schilderte, welche schlimmen Erfahrungen er mit den

Mitgliedern der katholischen Fachabteilungen gemacht habe. Ohne daß eine Nothwendigkeit vorlag, hätten dieselben ruhig an Sonn- und Feiertagen gearbeitet, was doch sicherlich mit der Religion in Widerspruch steht. Ein Helfer erstand Herrn Ruschke in der Person eines ehemaligen Gewerkvereiners Janischke, der früher die Krankenkasse des Gewerkvereins gehörig ausgekugelt hat, jetzt aber in der Fachabtheilung eine große Rolle spielt. Beide Gegner wurden jedoch gehörig abgeföhrt. Den Herrn Ruschke, der actn unser Programm kennen lernen möchte, laden wir hierdurch mit seinen Anhängern ein, die demnächst stattfindende öffentliche Gewerkvereinsversammlung zu besuchen. Dort wird er schon Auskunft erhalten. Wir aber werden nur immer fester zusammenhalten, je mehr wir von gegnerischer Seite bedrängt werden. Wir wollen nicht rasten, bis alle Arbeiter in Disziplin-Vorhineil in den Deutschen Gewerkvereinen organisiert sind.

§ Hamburg. Eine am Sonntag, 10. Dezember, in Gossw's Gesellschaftshaus tagende Protestversammlung Deutscher Gewerkvereiner, betriebs der Maßregelung des Arbeitspersonals der Teutonia-Brauerei (Vertragsbrauerei des norddeutschen Gastwirth-Verbandes) wegen Nichtzugehörigkeit zum sozialdemokratischen Brauereiarbeiter-Verband, beschloß folgende Resolution: „Die am 10. Dezember stattgefundene außerordentliche Gewerkvereiner-Versammlung von Hamburg-Altona protestirt öffentlich gegen die Vergewaltigung ihrer Mitglieder, wie sie durch die Entlassung von sieben Brauereiern durch die Besizer des Brauereihauses Teutonia, den Herren Korfiof und Trobisch, auf Verlangen und einstimmigen Beschluß des Norddeutschen Gastwirth-Verbandes Hamburg, vertreten durch Herrn Blesgen, aus dem Grunde erfolgt ist, weil besagte Mitglieder unserer Organisation angehören, und sich weigerten dem sozialdemokratischen Brauereiarbeiterverband beizutreten. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Ortsverbandes Deutscher Gewerkvereiner von Hamburg-Altona mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen den immer unerträglich werdenden Terrorismus der sozialdemokratisch organisirten Gewerkschaften aufzutreten, welcher um so schlimmer erscheint, als sich hier die kürgerlichen Parteien und Kreise angehören wöhlenden Herren Korfiof und Trobisch und des Norddeutschen Gastwirth-Verbandes sich zu Werkzeuge jenes Terrorismus hergegeben haben.“ — Die wegen ihrer Gesinnungstreue gemahregelten Brauer Deutscher Gewerkvereiner sind aus Gewerkschaftsmitteln thunlichst zu unterstützen, bis ihnen hier am Plage Arbeit zugewiesen werden kann.

§ Nürnberg. Am Sonntag, 3. Dezember, fand im Saale der Germanenhalle eine öffentliche Gewerkvereinsversammlung städtischer Arbeiter statt. Als Referent war Herr Keppeler-Augsburger erschienen, welcher über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“ sprach. Seine sachlichen Ausführungen fanden ungetheilten Beifall aller Anwesenden. In der darauffolgenden freien Aussprache ergriff als erster Redner ein „Zielbewüßter“, Herr Kofz, das Wort. Er konnte es sich nicht nehmen lassen, die hiesigen Dunder'schen Gewerkvereine als Streikbrecher u. dgl. hinzustellen, indem er besonders auf den Schuhmacherstreik in Weihenfeld hinwies; doch hatte er mit seinen Behauptungen wenig Glück, indem er von den darauffolgenden Rednern eines Anderen belehrt wurde. Besonders machte eine Resolution, die am 26. Februar in einer Versammlung des Gemeindefacharbeiterverbandes gefaßt wurde und der hiesigen Stadtvertretung unterbreitet, einen gewaltigen Eindruck auf alle Anwesenden während ihrer Berathung, denn sie lautete: Die Stadt Nürnberg bezw. der Magistrat möge beschließen, keinen Arbeiter, der das 45. Lebensjahr überschritten hat, mehr in den Dienst aufzunehmen. Herr Hassel, Vorsitzender des „Zielbewüßten“ Gemeindefacharbeiterverbandes und städtischer Richter, hat dadurch wieder bewiesen, wie ihm das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt. Ein kräftiges Schlusswort des Referenten, die einstimmige Annahme einer Resolution und die Aufnahme mehrerer Mitglieder, sodas unser Ortsverein bald die Zahl von 200 Mitgliedern erreicht hat, bildete das Ergebnis dieser Versammlung. Herrn Keppeler an dieser Stelle nochmals herzlichsten Dank.

§ Ortsverein der städtischen Arbeiter Nürnberg, S.-D., Joh. Freudenthaler, Schriftführer, Zofobstr. 48 III.

§ Thurnau. Der hiesige D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 4. Dezember eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher der Agitationsbeamte, Kollege Keppeler, das Referat übernommen hatte. Die gut besuchte Versammlung wurde vom Genossen Fischer um 7 1/2 Uhr eröffnet, worauf Kollege Keppeler das Wort erhielt zu seinem Fortsatz: „Ist es für die Arbeiter notwendig, daß sie sich organisiren?“ Er schilderte besonders die schlechten Lohnverhältnisse, die nicht mehr in Einklang zu bringen sind mit den hohen Lebensmittelpreisen. Gerade deshalb müsse sich jeder Arbeiter organisiren. Der ganze Vortrag wurde mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Hierauf ging Genosse Fischer auf die Lohnverhältnisse in Thurnau selbst ein. 1,20 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter werde als auskömmlicher Lohn angesehen. Selbst von der gräßlichen Güterherrschaft werde die Herstellung von Strohhüttern im Afford verlangt, wobei der beste Arbeiter vielleicht einen Betrag von 60 Pia. pro Tag erzielen würde. Kollege Keppeler geißelte diese Verhältnisse sehr scharf und forderte alle Richterorgane auf, sich in unserm Ortsverein aufzunehmen zu lassen. Denn nur dadurch wird es den Arbeitern möglich sein, ihre Lage zu verbessern. Mit Dankworten für den Vortragenden und einer dringenden Mahnung an alle Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, schloß darauf Genosse Fischer um 11 Uhr die erfolgreiche Versammlung.

Blasius Fischer, Schriftführer.

Verbands=Theil.

* Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkvereine (S.-D.) für das Herzogthum Anhalt und Provinz Sachsen. Protokoll der 6. Vorstandssitzung, abgehalten am 13. Dezember im Lokal Rudin.

Der 1. Vorsitzende, Kollege Becker, eröffnet dieselbe 8 1/2 Uhr Abends. Anwesend sind ferner die Kollegen Klett, Kubert, Trübel, Kaus, Pella, Blume, Begler, Schröder.

^{*)} Unter den angeführten Verlustziffern ist die nicht unbeträchtliche Zahl der Verwundeten inbegriffen, die jeweils als Geheilte zur Truppe entlassen worden sind. Außer Betracht gelassen ist die Zahl der Erkrankten, die sich für jeden der Kriegssührenden auf 100—200 000 belaufen soll. Die Zahl der Gefangenen beträgt auf russischer Seite 70 000, auf japanischer Seite einige Hundert.

Zunächst wird von den eingegangenen Schreiben Kenntnis genommen. Ueber die Bekanntmachung des Centralrats im „Gewerkverein“ vom 9. 12. 05 entpinnst sich eine rege Debatte und soll bei demselben angefragt werden, welcher von den 3 Ausbreitungsverbänden im sogenannten Mitteldeutschland die Griffenzberechtigung hat. Kollege Begler berichtet von seinem Besuch der Ortsvereine der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Ludwigsburg und werden wir dieselben demnächst im Ausbreitungsverbande begrüßen können. Unser Verband wird in 21 Bezirke geteilt, es sollen die Vereine nach Möglichkeit besucht werden. Verbandskollegen Ziemann und Seifert treten ein und werden vom Vorsitzenden begrüßt. An die einzelnen Generalräte soll geschrieben werden, um Zufassung ihrer Sachjetzungen. Ueber die erscheinende Probenummer „Mitteldeutscher Courier“ ist bis jetzt Gutes zu berichten, auch haben sich abseits stehende Kreise lobend ausgesprochen. Von Mitteilungen der Kollegen Klett und Blume von Maßnahmen der freien Vereinigung der Handelshilfsarbeiter und des Brauerbundes wird ebenfalls Kenntnis genommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

R. Kubert, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerkhor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).** Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 23. Dezember. Maschinenbau und Metallarbeiter III.** Abds. 8-10 Uhr bei Gohlke, Neust. 22, Zahlabend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abds. 8 Uhr, Weihnachtsfeier im Verbandshaus. — **Stahl- (Textil-) Arbeiter.** Abds. 8 1/2 Uhr Landbergerstraße 6 Zahlabend.

Hildingen. Fabrik- und Handarbeiter. Sonnabend, 30. Dezember, Ab. 8 Uhr, im Vereinslokal. L. D. d.

Orts- und Medizinerverbände.

Westschen (Ortsverband). Sonntag, 31. Dezember, Nachm. 3 Uhr, beim Wirt Schärer, Schwertstraße. L. D.: Protokoll, Vorstandswahl für das Jahr 1906. Anträge, Verschiedenes. — **Obere Lennegegend (Ortsverband).** Sonntag, 7. Januar, Nachm. 1 Uhr, Ortsverbands-Ausgangssitzung; um 4 Uhr öffentl. Verbandsvers. bei Gostwirth Biethoff, Altenhundem. L. D. d.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Köln. (Graphische Berufe und Maler.) Georg Fleischer, Agitationsleiter, Pantaleonswall 6.

Literatur.

Kunstpflege in Haus und Heimath. Von R. Bürkner („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 77. Bändchen.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. [VI u. 132 S.] 8. Geb. M. 1.—, geschmackvoll geb. M. 1.25. Dies Büchlein ist ein ganz vortrefflicher Rathgeber in

allen ästhetischen Fragen des täglichen Lebens. Das erste Kapitel enthält einleitungsweise eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Kunst bis zu ihrem Verfall in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Das Kunstermachen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wird dann in seine Wurzeln verfolgt und die neue Kunst mit ihren vielen Aufgaben charakterisiert. Hierauf geht Bürkner zum eigentlichen Thema über und zeigt, vom Individuum ausgehend, wie ästhetische Kultur am eigenen Leibe zu beginnen habe in Körperpflege und Kleidung. Das zweite Kapitel ist der künstlerischen Ausgestaltung unserer Wohnhäuser gewidmet, deren Verlogenheit, vornehmer zu sein als sie sind, schonungslos aufgezeigt wird. Zur Ausgestaltung der Stuben und Kammern, Türen und Fenstern, Wände, Decken und Fußböden, Vorhänge und Leuchte, Möbel und Geräthe werden beherrschend wertvolle Winke gegeben. Dabei nimmt Verfasser stets auf die Bedürfnisse und Mittel des einfachen Mannes Rücksicht und zeigt, wie auch mit wenig Geld ästhetische Kultur zu verwirklichen ist. Das Kapitel über Besen des Stills und seine Wirkung wollen wir besonders lobend erwähnen. Gegen die Stillwidrigkeit der modernen Dorf- und Stadtanlagen, namentlich auch der öffentlichen Gebäude wendet sich der letzte Abschnitt. Die heute lauter denn je löbende Forderung nach Heimatluft wird hier vom Verfasser glänzend vertreten. Seine Ausführungen über die sinnlose Restauration von Burgen und Kirchen, die uns um die schönsten Denkmäler unserer Vergangenheit bringt, wird Jedermann mit derselben Gemuthruhe lesen, wie Bürkners treffende Bemerkungen zu unserer Kunstzeitkrankheit, der „Denkmalsseuche“. Nur die wichtigsten Punkte konnten wir hier aus der inhaltreichen Darstellung herausgreifen. Mögen sie viele dazu anregen, das ausgezeichnete, mit schönen Abbildungen geschmückte Büchlein kennen zu lernen.

Deutsches Fürstenthum und deutsches Verfassungswesen. Von Professor Dr. jur. Eduard Hubrich. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 80. Bändchen.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. [IV u. 156 S.] 8. Preis geb. M. 1.25. Dies treffliche Büchlein giebt eine vollständige Uebersicht der deutschen Verfassungsentwicklung von der Urzeit bis zur Gegenwart. Durchdrungen von der richtigen Anschauung, daß der Werth des modernen Verfassungsstaates nur im Lichte der Geschichte ganz zu erkennen sei, zeigt der Verfasser in großen Umrissen den Weg, auf welchem deutsches Fürstenthum und deutsche Volksherrschaft zu dem in der Gegenwart geltenden wechselseitigen Ausgleich gelangt sind. Nach kürzer Beleuchtung der älteren Verfassungszustände schildert Hubrich die Begründung des förmlichen Absolutismus und demgegenüber das Erwachen, Fortschreiten und Siegen des modernen Konstitutionalismus. Auf der Basis der gesammteuropäischen Entwicklung wird immer ein Bild der spezifisch preussischen Verfassungsverhältnisse entworfen. Die Arbeit schließt mit einer Erörterung der Hauptgesichtspunkte des Reichsstaatsrechts und des gegenwärtigen preussischen Verfassungsrechts. Das Büchlein zeichnet sich durch klare, wohl disponirte Darstellung aus; auch weiß der Verfasser stets das Wesentliche der historischen Entwicklung scharf herauszuheben, während man andererseits bis ins Kleinste verfolgen kann, wie er seinen Stoff beherrscht. Daß die wichtigsten Gesetzesbestimmungen häufig im Wortlaut mitgetheilt sind, ist besonders werthvoll. Alle Freunde, die sich für Geschichte und Politik interessieren, werden diese schöne Arbeit mit großem Interesse lesen.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Photographie
des Verbandshaus der
Deutschen Gewerksvereine
in Berlin N.O.,
Greifswalderstrasse 221/23,
photographirt v. Rud. Thiesen
vorzüglich ausgefallen,
Cartongröße 88/45 cm,
wirkungsvolles
Ausstattungsstück für
Vereinslokale.
Portofrei zu beziehen gegen
vorherige Einsendung von
2 Mark an Verbandskassirer
Rud. Klein, Berlin N.O.,
Greifswalderstrasse 221/23.

Vereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlin und Umgegend.
Am Dienstag, den 26. Dezember 1905 (2. Weihnachtstagsfeierabend) findet eine
Große Matinee
im **Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine**, Greifswalderstrasse 221/223, zum Besten der Unterstützungskasse der vereinigten Ortsvereine, statt. Ausgeführt von der Theater-Gesellschaft „Lustig“. Konzert, Theateraufführung, Vorträge. Eröffnung 11 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Anfang präcise 12 Uhr. Billets sind bei den Ausführmittgliedern aller Ortsvereine zu haben. Um recht zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand,
J. M. G. Bieler, Kassirer,
Berlin O. 84, Pintschstr. 14.

Der
Gewerkverein
Jahrgang 1904
auf feinem Papier gedruckt,
dauerhaft gebunden, für Verbands-
genossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 M.
NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin NO.,
Greifswalderstr. 221/23.
Einsendungen
an den Verbandskassirer
H. Klein
Berlin NO., Greifswalderstr. 221/23.

ausägerei
Kerbschnitzerei, Holzhand-
maleret liefert am billigsten
sämtl. Werkz., Werkz., Holz zc.
J. Brendel, Maxdorf 85 Pfalz.
Reich. über 2000 Abbildg. geg.
Katalog 40 Pfg. in Briefm. frko.
— **Lebssägeholz** —
per qm von 1 Mark an.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Feste, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein
Carl Berndt, Deponom.

Löwenberg i. Schl. Durchreisende Mitglieder des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter erhalten Abendbrod, Nachtquartier und Frühstück. Karten beim Kollegen Lange, Goldbergstr. 149.
Gamm (Ortsverband). Arbeitsnachweis beim Ortsverbandsvorsitzenden Paul Kofft, Hlandstr. Nr. 6 II. Durchreisende Mitglieder können ihre Unterstützung dafelbst in Empfang nehmen.